

WIE WEHREN SICH BÜRGER?
REAKTIONEN AUF ALLTÄGLICHE VERUNSICHERUNG

1. Hintergründe der Verunsicherung

Wer derzeit von 'allgemein' grasierender Verunsicherung und damit der (Wieder-) Herstellung von 'Innerer Sicherheit' das Wort redet, der redet kaum von Arbeitslosigkeit, von Gesundheitsproblemen und von (ökologischen) Katastrophen, sondern der redet in aller Regel von *Kriminalität*: von Drogen-, Straßen-, Gewalt- und Bandenkriminalität; von Einbrechern, von Vandalen, von Strichern, von Vergewaltigern und von Räufern, von Extremisten, von organisierten Verbrechern – und von Asylanten; von Fremden eben: von fremden Gesichtern, fremden Normen und fremden Gewohnheiten. Unsicherheit, so die simple 'Erklärungslogik', resultiert aus Gefährdung, Gefährdung aus Bedrohung, Bedrohung aus Kriminalität, und Kriminalität ist eine Eigenschaft 'krimineller Elemente'.¹ 'Kriminelle Elemente' wiederum lassen sich anscheinend qua Anschauung identifizieren: sie sehen anders aus, sie benehmen sich anders, sie *sind* anders.

Nicht nur der, aber eben mit besonderer Irritation der, dem 'seit fünfzig Jahren' kaum ein Fremder, kaum etwas Unvertrautes über den Weg gelaufen ist, hat seit einiger Zeit (so etwa seit 1989) den Eindruck, immer direkter, immer unvermittelter und vor allem immer öfter andersartigen Leuten und andersartigen Interessen und Verhaltensweisen zu begegnen. Kurz: Das hautnahe Erleben von Fremden und Fremdem im eigenen Alltag nimmt zu, und die allgemeine, vielfältig verursachte Verunsicherung nimmt ebenfalls zu: als mediale Inszenierung, als glaubwürdige Erzählung, als persönli-

1 vgl. dazu Cremer-Schäfer 1993

che Erfahrung – und als politisches Argument.²

Auf der Suche nach den Ursachen dieser Verunsicherung vieler Menschen – nicht nur aber auch und gerade in diesem unserem Lande – stößt man denn auch in den Medien wie in der Fachliteratur auf vielerlei zum Teil sehr hintergründige und zum anderen Teil recht vordergründige, auf mancherlei sehr diffuse und einige sehr spezifische 'Erklärungen', von denen ich hier nur einige (grobgeordnet) stichwortartig vorstelle:

1. Politische 'Erklärungen':

- a) Zusammenbruch tradierter Feindbilder nach dem Zusammenbruch des Ostblocks,
- b) Wiederauftauchen 'vergessener' bzw. 'ausgeblendeter' Kultur- bzw. Nationaltraditionen,
- c) politisierter Normen- und Wertpluralismus (Konfrontation antagonistischer Lebensstile).

2. Ökonomische 'Erklärungen':

- a) Wissen über eine globale wirtschaftliche Rezession,
- b) Wahrnehmung eines relativen Wohlstandsschwunds in Deutschland (z.B. aufgrund hoher Steuerbelastungen und steigender Preise infolge der Wiedervereinigung),
- c) grassierende Unsicherheit über die eigene berufliche Zukunft,
- d) diffuse Befürchtungen im Hinblick auf den Verlust von Lebenschancen und Lebensqualität.

3. Mediale 'Erklärungen':

- a) Inszenierung des banalen Horrors in allen medialen Genres (Betrug und Gewalt, Drogen und Verbrechen),
- b) Sichtbarmachen von (globaler) Armut, des Bevölkerungswachstums, der Umweltzerstörung und technischer Katastrophen,

2 vgl. dazu auch Kreissl 1998

- c) explizite Mißachtung kleinbürgerlicher Lebenswerte durch medienpräsenzte Intellektuelle (Kritik am Anspruch auf Wohlstand, Ordnung, Sauberkeit, Ruhe).

4. Interaktive 'Erklärungen':

- a) Berichte und Gerüchte über 'schreckliche Vorfälle' im Bekanntenkreis (einschließlich Mitteilungen über Vorsorge- und Schutzmaßnahmen),
- b) eigene Primärerfahrungen
 - mit Lärm, Unrat, Schmierereien, Sachbeschädigungen,
 - mit fremdartigen Menschen mit fremdartigen Gewohnheiten (Kleidung, Habitus, Sozialverhalten, Hautfarbe, usw. (Bedrohtheitserfahrung),
 - mit Vermögensverlusten (Hausbesitz in 'schlechter' Gegend, Beschädigungen am Auto usw.).

Das, in groben Zügen, ist das aktuelle Lebensrisiko- und Existenzangst-Szenario, das derzeit auf der Agenda öffentlicher Aufmerksamkeit steht.³ Seriösere Zahlendeuter aus Wissenschaft, Publizistik und auch aus der Politik weisen nun zwar immer wieder daraufhin, daß die Rate gerade solcher Delikte, die im Kontext allgemeiner Verunsicherung vorzugsweise thematisiert werden, in der letzten Zeit eher stagniert oder gar zurückgeht. Gleichwohl gehören Fragen der Gefährdung und Gewährleistung der Inneren Sicherheit seit einiger Zeit offenkundig zu den virulentesten Themen der politischen Auseinandersetzung.⁴ Diskutiert und forciert werden dabei z.B. Strafrechtsverschärfungen und Erweiterungen legitimer hoheitlicher Straffeststellungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen.

Sind es also die (sozusagen strukturell blutrünstigen) Medien, die, getrieben von der Gier nach Sensationellem, Bürger hysterisieren und dadurch Politiker zu (unbedachten) populistischen Äußerungen verführen? Sind es die (machiavellistischen) Politiker, die ein

3 dazu auch Gross/Hitzler 1996

4 vgl. auch Steinert 1993

(banales) Thema forcieren, das Medien willfährig aufgreifen, und damit Bürger (geschickt) von 'wirklich' wichtigen Problemen ablenken? Oder sind es doch die Bürger, die nicht mehr alles, was ihnen an Unangenehmem begegnet (bzw. zugemutet wird), hinzunehmen bereit sind und sich (nach und neben ideologisch anders 'gestrickten' Bewegungsformen) nun auch gegen unliebsame Mitmenschen zu wehren beginnen und damit zum einen mediale Aufmerksamkeit auf sich (und ihre Anliegen) lenken und zum anderen Politiker zu Reaktionen zwingen?⁵

2. Reaktionsformen der Verunsicherten

Wie auch immer sich wessen und welche Interessen und Chancen sich mit wessen und welchen Verlustängsten und Existenznöten amalgamieren: Die Unsicherheit der Vielen läßt sich jedenfalls nicht wegdiskutieren, geschweige denn wegzählen von den Wenigen. Gar zu augenfällig erscheint jenen die Korrelation von selbst erlebten wie von anderer Seite vernommenen Behelligungen, Belästigungen und Gefährdungen, vom Bestohlen-, Betrogen und Bedrohtwerden, von Hinterhalten, Fallen und Attacken hie und von Verlusten an faktischer, potentieller oder auch nur erträumter Lebensqualität da.

Infolgedessen besteht – jenseits des jeweils statistisch unterfütterten Streits um steigende oder sinkende Kriminalitätsraten – weitgehend Konsens darüber, daß jedenfalls das sogenannte 'subjektive Sicherheitsempfinden' des Normalbürgers irritiert sei, bzw. daß die 'allgemeine Verunsicherung' der Bevölkerung zunehme.⁶

Je mehr nun vor dem Hintergrund eines solchen Verunsicherungs-Szenarios 'gewissen' Menschen unterstellt wird, davon zu leben, durch den Verfolg *ihrer* Interessen anderen Menschen das Leben (wie auch immer) schwer zu machen, um so mehr wird denen, denen (vermeintlich) das Leben von diesen 'gewissen' ande-

ren schwer gemacht wird, die Sehnsucht nach Ruhe, Ordnung, Sicherheit zum nicht mehr nur privaten Anliegen, sondern zur öffentlich vorgetragenen, zur politischen Forderung. Denn: „So wie das eklatante Versagen der Parteien in der Asylproblematik⁷ das Verhältnis zwischen Politik und Bürgern fundamental verändert hat, so wird die hochschnellende Kriminalität die nächste große Vertrauenskrise in unserem Land auslösen. Alles, was den Bürgern demgegenüber an höheren Steuer- und Abgabenlasten zugemutet wird, ist letzten Endes weniger gravierend als die Tatsache, daß sie der Staat nicht mehr gegen Gewalt und Unrecht schützt“.⁸

Entsprechend der von Robert K. Merton analysierten Logik einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung zeigen sich somit (derzeit wieder zunehmend) Menschen, die meinen, sie hätten 'etwas zu verlieren', bereit, sich (wie auch immer) gegenüber anderen, von denen sie sich 'alltäglich' bedroht wännen, zur Wehr zu setzen. Diese wachsende Wehr-Bereitschaft greift aktuell eben (relativ) unabhängig von (wie auch immer bestimmbar) *objektiven* Risiken und Bedrohungen um sich.⁹ Denn die dahinterstehenden Sicherheitsbedürfnisse drücken *tatsächliche* Befürchtungen und Ängste der Bevölkerung aus. Dadurch aber wird das Rechtsgut 'Sicherheit' als solches problematisiert: der (zunehmende bzw. zunehmend eingeforderte) Regelungs-, Norm- und Vollzugsbedarf scheint vom Staat – z.B. aufgrund seiner in Relation zur Problemdimension und zur Problemzunahme knappen Ressourcen, aber auch, worauf insbesondere Manfred Lauer (z.B. 1994) immer wieder hinweist, aufgrund der strukturellen Strafbarkeit fortgeschrittener bzw. reflexiv werdender Demokratien – immer weniger befriedigt werden zu können. Somit entsteht – gegenüber dem artikulierten Bedarf an bzw. der Nachfrage nach Sicherheit – der Eindruck einer (potentiellen) Unterversorgung mit Sicherheitsgewährleistungen.

5 In diesem Fragenkomplex vgl. die Beiträge in Hitzler/Peters 1998

6 vgl. dazu Hornbostel 1994

7 vgl. Venanz Schubert (Hrsg.): Fremde. Migration und Asyl. St. Ottilien: EOS 1999 (Wissenschaft und Philosophie. Interdisziplinäre Studien. 19)

8 Offenbach 1993

9 vgl. Reuband 1992

Und entsprechend dem bekannten Diktum von William I. Thomas, wonach die *Definition* einer Situation als 'real' reale Konsequenzen zeitigt, resultiert daraus nun, zunehmend sichtbar werdend, eben so etwas wie eine (gegenüber unseren zivilisatorischen Gewohnheiten) neue Politisierung der Sicherheitsfrage¹⁰: Im Wesentlichen wird dabei das eingefordert und zunehmend auch praktiziert, was ich die präventiv-repressiven Formen der *Bewältigung* allgemeiner bzw. alltäglicher Verunsicherung zu nennen vorschlage. Diese begreife ich sozusagen als Gegenstück zu eher *analytisch-therapeutischen Reaktionsweisen*. Jene zielen grosso modo darauf ab, die als die 'eigentlichen' deklarierten (sozialen, wirtschaftlichen, psychischen) Ursachen hinter etwelchen gesellschaftlich oder teilgesellschaftlich als 'problematisch' etikettierten Verhaltensweisen von Personen aufzudecken und zu beseitigen – in der Annahme, damit würde folgerichtig auch das verschwinden, was (lediglich) als Symptom anzusehen sei. Therapeutisch geht es hierbei v.a. um die Beseitigung sozialer Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten und um verstärkte moralische Sozialisation.

Die anderen Bewältigungsformen bezeichne ich, wie erwähnt, als *präventiv-repressiv*. Bei ihnen steht nicht die Frage nach den Ursachen unliebsamer Erscheinungen im Vordergrund, sondern die Frage nach effizienten und effektiven, nach schnellen und wirksamen Mitteln zur Beseitigung oder zumindest zur Eindämmung und Zurückdrängung eines als 'problematisch' definierten, augenfälligen Tatbestandes. D.h., hierbei werden abstrakte Umstände und strukturelle Bedingungen als 'bis auf weiteres' gegeben angenommen, auf deren Basis Handlungskonzepte zu entwickeln und umzusetzen sind; z.B. in Form von Forderungen nach Beseitigung von Gefahren- bzw. Belästigungsquellen (prototypisch: das Asylantenwohnheim in der Nachbarschaft), als Ruf nach mehr bzw. besserer Polizei sowie nach schärferen bzw. effektiveren Gesetzen, durch passive Sicherung von Hab und Gut (vom Vorhängeschloß bis zum bewachten Wohnghetto) sowie durch Defensivbewaffung bzw. Selbstverteidigung,

10 vgl. dazu Hitzler 1993 und 1994a

durch Beauftragung privater Sicherheitsdienste, durch Nachbarschaftshilfen und/oder Bürgerwehren bzw. Bürgerstreifen, aber auch in Gestalt von 'Übergriffen' gegen mißliebige Personen (Ausländer, Drogenabhängige, Stricher, Land- bzw. Stadtreicher, Randalierer; aber auch: Vergewaltiger und Belästiger, falsch parkende Autofahrer, usw.), ja bis hin zur Aktivbewaffung (die allerdings in Deutschland bislang noch nicht besonders bedeutsam ist).

Insgesamt geht es dabei vor allem darum, wodurch auch immer verursachtes, jedenfalls sozial unerwünschtes Verhalten anderer Personen durch wie auch immer demonstrierte Wachsamkeit und Sanktionsbereitschaft zu verhindern und/oder zu unterbinden.

3. Formen 'privater' Sicherungsmaßnahmen

Bürger, die ihre Sicherheit durch die Polizei nicht mehr hinlänglich gewährleistet sehen, haben also mehrere, hinsichtlich ihrer präventiv-repressiven Wirksamkeit gleichsam eskalierende Möglichkeiten, sich selber zu schützen: Sich abschotten, einschließen, einbunkern, das sind bis jetzt noch die verbreitetsten Reaktionsweisen auf die Angst vor dem, was sich 'da draußen' (vor der Tür) abspielt, was einen in vielfältigen 'Masken' zu bedrohen scheint. In diesem Verstande trifft das, was Barbara Ehrenreich¹¹ zur US-amerikanischen Entwicklung schreibt, immer stärker auch hierzulande zu: „Wenn die Armen gefährlich werden – süchtig, aggressiv, krank –, bricht die Mittelklasse in noch stärkerem Maße den Kontakt zu ihnen ab. Es ist besser, den Park zu schließen, so einige wohlhabende Bewohner von Lower Manhattan, als zu riskieren, mit denjenigen zusammenzutreffen, die keinen anderen Platz haben, um zu schlafen oder sich die Zeit zu vertreiben. Es ist besser, öffentliche Straßen zu sperren, so die Bewohner einiger Bezirke von Miami, als den Heruntergekommenen freien Zugang zu gewähren.“

11 1994, S. 257

Türriegel, Vorlegeschlösser, Mehrfachsicherungen, Alarmgeber und Überwachungskameras breiten sich von den Großbürger-Villen in die Kleinbürger-Quartiere aus: Wohnen hinter einem Wall von Sperrmechanik und Einfriedungselektronik. Trillerpfeifen, Pfeffer-sprays, Tränengaspistolen, Elektroschocker gehören für immer mehr Leute zur individuellen Survival-Ausrüstung: Noch scheint (hierzu-lande) die Passiv-Bewaffnung die Heimkehr mit heiler Haut hinläng-lich zu gewährleisten.¹²

Wem derlei 'individualistische' Vorkehrungen zum Schutz von Hab und Gut und von Leib und Leben das Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit allerdings auch nicht mehr so recht zu gewähr-leisten scheinen, der kann nun auf *kommerzielle* Dienstleistungen zur präventiv-repressiven Herstellung bzw. Gewährleistung innerer Si-cherheit zurückgreifen¹³: Das Angebotsspektrum reicht hier vom 'klassischen' Nachtwächter und firmen-internen Werkschutz über die traditionellen Privat-Detekteen bis hin zum allenthalben boomenden privaten Sicherheitsgewerbe, in dem hierzulande bereits mehr Personen beschäftigt sind als bei der Polizei. Die Service-Leistungen privater Sicherheitsunternehmen werden ständig ausge-weitert: sie umfassen gegenwärtig vor allem Objekt-, Werk- und Personenschutz, Durchführung und Schutz von Werttransporten, Revierstreifen und Alarmmeldezentralen. 'Betreut' werden öffent-liche, halböffentliche und private Verkehrsräume, Wohnquartiere, Geschäfte bzw. Geschäftsviertel sowie Anlagen (z.B. Kasernen der Bundeswehr und der Polizei).

Die bei privaten Firmen beschäftigten Wachtmannschaften über-nehmen zwischenzeitlich auch die Aufgabe, Raubüberfälle und Nöti-gungen – insbesondere auf bzw. gegenüber Ladenbesitzern und reichen Privatleuten – zu vereiteln. Die Herstellung und Erhaltung von Sicherheit wird gegenwärtig also zu einem – allem Anschein nach: lukrativen – Geschäft: Die Nachfrage nach Werk-

12 vgl. hierzu aber auch Cunningham/Strauchs/van Meer 1990

13 vgl. dazu Voß 1992

schutzleuten, Leibwächtern, Kaufhausdetektiven und Patrouillen-gängern steigt ständig weiter.

Das Problem mit den kommerziell erbrachten Sicherheits-Dienst-leistungen ist allerdings, daß sie eben *kommerziell* sind, d.h., daß sie von denjenigen, die sie in Anspruch nehmen, auch bezahlt werden müssen. Kommerzielle Wachtmannschaften zu engagieren mag des-halb für Großunternehmen und ausgesprochen zahlungskräftige Privatleute eine mögliche Lösung ihrer Sicherheitsprobleme sein, der Normalbürger ist damit aber finanziell überfordert. Dadurch könnte, so wird vielfach befürchtet, eine „Zwei-Klassen-Polizei“ entstehen: Zum einen „eine effektive Privatpolizei, zugeschnitten auf die Schutzbedürfnisse ihres Auftraggebers. Und da gibt es zum anderen eine staatliche Polizei, die sich wegen katastrophalen Personal-mangels mehr und mehr auf die Verfolgung von mittlerer und schwerer Kriminalität beschränken muß“. Allerdings: „Die Krimina-lität wird hierzulande immer weniger bekämpft und immer mehr verwaltet. ... Bürger, die auf Polizeirevieren anrufen, treffen immer öfter den Anrufbeantworter an – oder nicht einmal den.“¹⁴

Eine – naheliegende – Alternative für die, die nicht willens oder nicht in der Lage sind, sich einen kommerziell angebotenen (Zusatz-) Schutz zu kaufen, besteht deshalb darin, sich mit anderen zu entsprechenden Interessengemeinschaften zusammenschließen¹⁵: Schon früher reisten ja aus diesem Grunde Kaufleute z.B. vorzugs-weise in Gruppen durch die Lande; Siedler in zivilisatorischen Grenzgebieten wehrten sich dergestalt gemeinsam gegen unliebsame Zeitgenossen; vorzugsweise in Städten gründen Frauen heutzutage Selbstverteidigungsinitiativen gegen potentielle Räuber und Verge-waltiger; selbsternannte, ehrenamtliche 'Schutzengel' patrouillieren nächtens in U-Bahnen und Fußgängerzonen; vor allem in den USA und in Großbritannien entstehen vielerorten Nachbarschaftshilfen, und insbesondere (aber nicht nur) in den neuen Bundesländern Deutschlands wännen sich entsetzte Eltern, verschreckte Rentner

14 Jürgen Offenbach 1993

15 vgl. dazu z.B. Bright 1990, Johnston 1992, Timm/Christian 1991

und wütende Geschäftsleute von der Politik im Stich und von der Polizei alleingelassen und machen sich mithin nicht nur auf Bürgerversammlungen Luft, sondern eben auch in Bürgerwehren mobil.

Dabei geht es um das eigene bzw. gemeinsame Zupacken und Hinlangen, um das persönliche Ein- und Durchgreifen, um (individuelle und kollektive) Selbstbewaffnung; es geht um gewalttätige Durchsetzung von Eigen-Interessen; es geht, in der Konsequenz, um einen neuen Vigilantismus.¹⁶ Die ideologische Tendenz bleibt dabei im Prinzip gleich: Es ist allemal besser, zu vorsichtig als zu nachsichtig sein. Und: Man muß seine Art zu leben (einschließlich des dazugehörigen Besitzstandes) schützen und deshalb vorsorgen und sich nicht alles bzw. gar nichts mehr gefallen lassen.

4. Die Irritation des staatlichen Gewaltmonopols

Eine solche Entschlossenheit der Bürger, unterhalb und neben und im Zweifels- und selbstdefinierten Notfall auch *gegen* die behördlich organisierten Schutzversprechen, *selber* für das zu sorgen, was sie unter 'Recht und Ordnung' verstehen, irritiert nun naheliegenderweise schon von der Idee her das staatlicherseits beanspruchte – und Max Weber zufolge¹⁷ für den Staat ja auch konstitutive – Gewaltmonopol. Denn schon der *Glaube* auch nur an eine Lücke im System staatlicher Sicherheitsgewährleistung befördert die allgemeine Verunsicherung und provoziert eben die zuvor skizzierten – direkten wie indirekten – Selbstjustiz-Neigungen.

Demgegenüber basiert das – Trutz von Trotha (1995) zufolge global-historisch allerdings eher 'ausnahmsweise' voll realisierte – staatliche Gewaltmonopol bekanntlich „auf der Einsicht, daß einzelne Menschen oder von ihnen gebildete Gruppen und Organisationen im Zweifelsfall nur durch eine quasi übergeordnete und mit

größerer physischer Macht ausgestattete Instanz daran gehindert werden, andere Menschen oder Gruppen zu schädigen oder zu vernichten“.¹⁸ „Wird“, wie es in der Präambel zum 1990 erschienenen Endgutachten der 'Gewaltkommission' heißt, „die Gewalt aber beim Staat monopolisiert, muß er zugleich die entsprechenden Organe einrichten und unterhalten, um die private Gewalt entbehrlich zu machen“.¹⁹

Sonst nämlich wird, wie Trutz von Trotha²⁰ schreibt, Gewalt wieder „zu einer Handlungsressource für jedermann“. D.h., all die neuen Vigilanten schaffen überall dort, wo (ihnen) die zivilisatorischen Routinen des Zusammenlebens suspendiert erscheinen, neue, eigene Spielregeln. D.h.: sie befördern Solidarität und kollektives Selbstvertrauen unter den in solchen Initiativen Engagierten. Und sie schüren zugleich nervöse Wachsamkeit, Mißtrauen gegenüber allem und jedem, was nicht 'dazugehört' und somit präventiv als 'verdächtig' einzustufen ist. Dergestalt können sich in einschlägig sensibilisierten und formierten Gemeinschaften schnell '*Wagenburg-Mentalitäten*' ausbreiten: hohe Sozialkontrolle 'nach innen' und abwehrbereite Geschlossenheit 'nach außen'. Kurz: Der sich selber mobilisierende Bürger droht, zumindest in seiner verallgemeinerten Form, unsere modernen Gemeinwesen von *Schauplätzen* aller möglicher, mehr oder minder expressiv inszenierter Ungleichheiten in *Nahkampfstätten* heterogener und vielfach antagonistischer Wohn- und Lebensinteressen zu verwandeln.²¹

Technischer ausgedrückt: Aufgrund unterschiedlicher Ressourcenausstattung und Wehrebereitschaft entstehen individuell oder milieuspezifisch unterschiedliche Sicherheitsniveaus. Damit aber wird „der Rechtsstaat selbst ... ungläubwürdig“, und es kommt unter Umständen zu jenem auch von von Trotha konstatierten Vorgang, „in dem das Prinzip staatlicher Herrschaft selbst oder wenigstens in der Form, wie wir es heute kennen, zur Disposition

18 Murck 1994, S. 70

19 Schwind/Baumann u.a. 1990, S. 49

20 1995, S. 129

21 vgl. auch Hitzler 1994c

16 Der Begriff 'Vigilantismus' meint Bürgerwehrhaftigkeit – in allen Spielarten – als *handlungspraktische Ideologie*. – Vgl. dazu Hitzler 1994b.

17 1972, S. 821ff

steht“. Am Endpunkt einer solchen Entwicklung stünde dann eben, wie es der Direktor der Polizei-Führungsakademie, Manfred Murck,²² ausdrückt, „die Refeudalisierung der öffentlichen Sicherheit“.

5. Der in die Polizeiarbeit eingebundene (Ideal-)Bürger

Solch dräuendem und keimendem 'Wildwuchs' Form zu geben, d.h. den wehrwilligen Bürger unter Kontrolle zu halten oder wieder unter Kontrolle zu bringen, das scheint – im Kontext weit umfassenderer polizeilicher Um- und Restrukturierungsmaßnahmen – deshalb, neben den seinerzeit insbesondere vom damaligen Innenminister Manfred Kanther ins Feld geführten Kosten-Gesichtspunkten, eines der mannigfaltigen Anliegen auch der *aktuellen*, staatlich-polizeilich getragenen 'Politik der Inneren Sicherheit' zu sein – und zwar, mit mancherlei (verborgenen) Anleihen in der eigenen Geschichte (etwa Blockwartssystem im NS-Regime oder Freiwillige Helfer der Volkspolizei in der DDR) wie im Ausland (z.B. Nationaler Rat für Kriminalitätsverhütung in Schweden oder das Sicherheitskonzept Zürich, aber auch z.B. bei den – in der Regel 'polizeinahen' – sogenannten 'neighbourhood watch programs' in USA, Großbritannien und Irland, sowie z.B. in China.), *quer* zu den überkommenen ideologischen Großlagern der Parteien (*quer* also auch zur üblichen Scheidung in SPD- und CDU-geführte Landesregierungen).²³

Dementsprechend sollten, so 1992 der damalige bayerische Innenminister Edmund Stoiber „zuverlässige, seriöse Bürger..., jüngere und ältere Privatleute, die viel Freizeit haben“, in geregelter, nämlich in von der Polizei betreuter und kontrollierter Weise für die Gewährleistung 'Innerer Sicherheit' *aktiv* Mitverantwortung übernehmen, d.h.: lieber ehrenamtlich als Hilfstruppe der Polizei fungieren, als

²² 1994, S. 76

²³ Vgl. dazu auch Hornbostel 1998

sich in 'wildwüchsigen' Wehrgemeinschaften zusammenzutun oder kommerzielle Wachdienste zur Wahrung ihrer privaten Interessen zu engagieren.

Dies etwa – in Kriminalitätsfurcht fokussierte allgemeine Verunsicherung hier und Irritation des staatlichen Gewaltmonopols da – ist also der mentale Nährboden eines gerade in jüngerer Zeit immer nachdrücklicheren Appells an den 'gemeinen' Bürger, *unter Aufsicht der zuständigen staatlichen Ordnungskräfte* (wieder) Mitverantwortung zu übernehmen und Mithilfe zu leisten im Kampf gegen das 'Gefährdungspotential Kriminalität'. Wiederbelebt werden soll damit – so die von Edmund Stoiber in Umlauf gesetzte und von seinem Nachfolger im bayerischen Innenministerium, Günther Beckstein, weiterkolportierte Formel – eine „Kultur des Hinsehens“ wider die in modernen Gesellschaften angeblich grassierende „Unkultur des Wegschauens“.

Diese – zumindest semantisch zweifelhafte – Metapher von der „Unkultur des Wegschauens“ konnotiert sozusagen die gemeinsinnigen Defizite städtischer Verkehrsformen, wie sie in der Sozialpsychologie experimentell vor allem am Beispiel des Verhaltens bei Unfällen aufgezeigt worden sind, und wie sie in den Medien vorzugsweise in Bildern kollektiver Untätigkeit bei öffentlich begangenen Gewalt- und sonstigen Untaten verdichtet werden: nämlich die Neigung, den Blick abzuwenden; zu ignorieren, was um einen her geschieht; das, was zu tun ist, anderen zu überlassen, usw. Solches Sozialverhalten aber destruiert, von den Protagonisten dieser Auffassung aus betrachtet, tradierte ebenso wie just wieder 'neu' entdeckte Kulturwerte, indem es Solidarität und Fürsorglichkeit suspendiert zugunsten von Ignoranz und Selbstsucht, und somit an die Stelle der (bürgerlichen) Tugend des Gemeinsinnes die (gestaltlose) Untugend eines hypertrophen Individualismus setzt. Demgegenüber konnotiert „Kultur des Hinsehens“ die interaktiven Vorzüge einer dörflichen Lebensweise, nämlich die selbstverständliche Bereitschaft, gegebenenfalls auch die Interessen des 'Nachbarn' wahrzunehmen; zu registrieren, was sich vor einer Folie unterstellter

Normalität oder Ordnung abhebt, usw.; kurz: sich um das zu kümmern, was um einen her geschieht.²⁴

Konkrete politische Gestalt nahm dieser Appell dann im Rahmen des sogenannten „15-Punkte-Programms zur Inneren Sicherheit“ an, in dem die Bayerische Staatsregierung die Gewährleistung derselben zur dringlichsten Aufgabe des Staatswesens schlechthin erklärt hat.²⁵ Aus dieser Deklaration oberster Priorität werden in dem Memorandum dann diverse technische, strafrechtliche, strafverfolgende und strafvollziehende Maßnahmen und Forderungen abgeleitet, die insgesamt eine Erhöhung staatlicher Kontroll-Befugnisse und Kontroll-Leistungen ergeben. Im fünfzehnten Punkt dieses Programms heißt es aber schließlich: „Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der die Polizei nicht auf sich allein gestellt bleiben darf“ – weswegen in Bayern nunmehr eben das Modell einer *Sicherheitswacht*

24 Mit diesem – oberflächlich betrachtet fast kommunitaristisch anmutenden – Topos wird also kaum überhörbar einer Pseudo-Verdörflichung komplexer urbaner Verkehrsformen das obrigkeitliche Wort geredet. (Vgl. demgegenüber Hitzler/Milanes 2000)

25 *Prämisse*: Innere Sicherheit ist die Voraussetzung für persönliche Freiheit. – *Hauptpunkte*: 1. Die gesamte Gesellschaft muß bei der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung mitwirken. 2. Die Massenkriminalität darf nicht verharmlost oder geduldet werden. 3. Gegen die zunehmenden Eigentumsdelikte muß gezielt vorgegangen werden. 4. Die Organisierte Kriminalität muß als eine massive Bedrohung der Inneren Sicherheit mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. 5. Dem Rauschgifthandel kann nur mit einer Politik der „Null Toleranz“ wirksam begegnet werden. 6. Auf die Zunahme der Gewaltkriminalität müssen Staat und Gesellschaft mit der Ächtung der Gewalt und einer unnachsichtigen Verfolgung der Gewalttäter antworten. 7. Bayern läßt Extremisten und politisch motivierter Gewalt keinen Spielraum. 8. Eine intensive Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei dient dem Schutz von Leib und Leben der Bürger. 9. Das Europa ohne Grenzen muß dem freien Personen- und Warenverkehr dienen und nicht den Kriminellen. 10. Die internationale Kriminalität muß in internationaler Zusammenarbeit bekämpft werden. 11. Die Strafe muß der Tat auf dem Fuß folgen. 12. Mit einer attraktiven Gestaltung des Polizeiberufs und des Justizvollzugsdienstes sorgt Bayern für eine leistungsfähige und hochmotivierte Polizei und Justiz. 13. Durch die Entlastung von sachfremden Aufgaben und die Arbeitszeitverlängerung wird die Präsenz der Polizei erhöht. 14. Private Bewachungsunternehmen sollen stärker kontrolliert werden. 15. An die Stelle der Unkultur des Wegsehens muß mehr Mitverantwortung der Bürger für die Innere Sicherheit treten. – Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Inneren 1994a.

erprobt wird, welche – so der Gesetzestext – „die Polizei bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Straßekriminalität“ unterstützen soll.

25 Männer und 11 Frauen kamen daraufhin während der ersten Erprobungsphase von April bis September 1994 im Rahmen von Modellversuche in drei bayerischen Städten ehrenamtlich bzw. für eine Aufwandsentschädigung von zwölf Mark in der Stunde zum Einsatz. Im Anschluß an die Erprobungsphase wurden die Modellversuche zunächst 'formlos' verlängert. Inzwischen wurde die Sicherheitswacht mit immer weniger Aufheben mehr oder weniger Bayernweit installiert.

6. Ideologie und Praxis der bayerischen Sicherheitswacht

Wenn man nun sozusagen mit den Augen des (mäßig) interessierten Bürgers zwar nicht gerade weg-, aber eben auch nicht so *ganz* genau hinschaut – nämlich zum Beispiel auf das seinerzeit vom bayerischen Innenministerium herausgegebene, bunt bebilderte Faltblatt, das einen über diese Sicherheitswacht informieren soll²⁶ –, dann bekommt man etwa das folgende Bild von den darin (und anderswo) proklamierten Aufgaben der Angehörigen dieser neuen Hilfsorganisation: sie sollen die Polizei unterstützen, sie sollen zur Verbesserung der Sicherheitslage zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sein, sie sollen an „gefährlichen Orten“ schützend tätig werden, sie sollen der Straßekriminalität und dem Vandalismus entgegenwirken, sie sollen Personen an- und Täter festhalten, sie sollen Platzverweise erteilen, sie sollen *keine* Hilfspolizei sein, sondern sich als Bürger für Bürger einsetzen und so „für das Gemeinwohl“ arbeiten. Kurz: Sie sollen eben Protagonisten sein auf dem Weg „von der Unkultur des Wegschauens zur Kultur des Hinsehens“.²⁷

26 vgl. Bayerisches Staatsministerium des Inneren 1994b

27 Vgl. dazu auch Lustig 1998

Und dergestalt obrigkeitlich sensibilisiert habe ich dann eben nochmals und ein wenig genauer hingeschaut an diesen Nebenschauplatz staatlicher 'Reformen' und Innovationen zur 'Inneren Sicherheit'. Oder anders ausgedrückt: Zusammen mit Angela Behring, Alexandra Göschl und Sylvia Lustig habe ich 1994 die erste Erprobungsphase der bayerischen Sicherheitswacht ethnographisch exploriert.²⁸ Nachdem ich infolge mehrerer Sondierungs-Gespräche mit den verantwortlichen Leitern der Modellversuche die *offizielle* Genehmigung zu einer Begleitforschung und die Zusage auf Unterstützung der prospektiven Untersuchungsarbeit durch die jeweiligen Dienststellen erhalten sowie eine Kleinformfinanzierung des Vorhabens durch die Volkswagen-Stiftung zugesagt bekommen hatte, haben wir mehrere Monate lang nicht nur die meisten Akteure interviewt, die – praktisch oder ideologisch – an den Modellversuchen beteiligt waren,²⁹ sondern wir haben auch an möglichst vielen Aktivitäten teilgenommen und diese protokolliert: von Streifengängen über Schulungs- und Fortbildungstreffen bis zu informellen Geselligkeiten. Außerdem haben wir Ausbildungsunterlagen und Dienstabweisungen, lokale und überregionale Presse- und Fernsehberichterstattung sowie offizielle Verlautbarungen und Informationsmaterialien über die Sicherheitswacht dokumentiert und ausgewertet.³⁰

Wie erwartbar wurde (und wird) in den offiziellen – und großteils auch in den gesprächsweisen – Stellungnahmen der Vertreter

28 Im folgenden übernehme ich die Darstellung aus Hitzler 1996.

29 Unser Corpus aus 'offenen', narrationsevozierenden Interviews mit Sicherheitswachtangehörigen sowie an Experteninterviews mit Ausbildungsbeauftragten, Dienststellenleitern und verantwortlichen Vertretern des bayerischen Innenministeriums umfasste ca. 40 Transkripte.

30 Vgl. dazu Hitzler/Behring/Göschl/Lustig 1996, Hitzler/Behring/Göschl/Lustig/Milanés 1997 sowie Göschl/Milanés 1997. – Unser Hauptinteresse galt dabei der Rekonstruktion unterschiedlicher Perspektiven, Standpunkte und Blickwinkel sowie der Vollzugspraxis von mit dem Phänomen 'Sicherheitswacht' befasster Akteure und Akteurskonstellationen, bei denen man – grob gesprochen – drei divergente Positionen unterscheiden kann: 1. den – im Vorhergehenden programmatisch bereits skizzierten – politischen Standpunkt des bayerischen Innenministeriums, 2. die ideologische Perspektive der Kritiker des Modells bzw. des Programms, und schließlich 3. die praktische Einstellung der Mitglieder der Sicherheitswacht selber.

des Innenministeriums und der für die Modellversuche zuständigen Polizeidienststellen die bisherige Bilanz der Sicherheitswacht als ausgesprochen 'erfolgreich' euphemisiert. Auffällig ist dabei jedoch, daß im Verlauf bereits der Erprobungsphase die offizielle Zielsetzung für das ganze Unternehmen beiläufig umdefiniert worden ist: Während es dem bayerischen Innenministerium zunächst explizit um eine Verbesserung der Sicherheitslage *insgesamt* gegangen war, die sich in einer positiven Entwicklung der Kriminalstatistik hätte zeigen sollen, wurde später, als die entsprechenden Zahlen ausblieben, immer nachdrücklicher und wird inzwischen nachgerade *ausschließlich* die Verbesserung *des subjektiven Sicherheitsempfindens der Bürger* betont – und schließlich mittels einer kleinen, vom Innenministerium in Auftrag gegebenen Bevölkerungsumfrage auch 'statistisch' anscheinend hinlänglich bestätigt. (Tenor: Frauen und alte Leute sollen wieder ohne Angst U-Bahn fahren und im Park spazieren gehen können.)

Angesichts dieser Reduktion der programmatischen Ansprüche laufen jene Einwände gegen die Sicherheitswacht, die sich noch immer auf die ursprüngliche Behauptung des Innenministeriums beziehen, es handle sich hierbei um ein Instrument zur Bekämpfung von Straßenkriminalität und Vandalismus, inzwischen politisch sozusagen ins Leere. Unbeschadet davon läßt sich nach wie vor nicht seriös beurteilen, ob Sicherheitswachtangehörige tatsächlich eine Vorbildfunktion haben im Hinblick darauf, den 'gemeinen' Bürger dazu zu bewegen, wegzukommen von der „Unkultur des Wegschauens“ und hinzugelangen zur „Kultur des Hinsehens“.

Im übrigen läßt sich der größte Teil der bereits während der Erprobungsphase in den Medien und unseren Expertengesprächen formulierten – und insbesondere von den Polizeigewerkschaften und von der bayerischen SPD forcierten – Kritik an der Sicherheitswacht in vier Punkten zusammenfassen:

1. Die unter Polizeiaufsicht agierenden bzw. die „in die Polizeiarbeit eingebundenen“ Bürger repräsentieren wesentlich den obrigkeitlichen Versuch, der Bevölkerung ein Gefühl von Sicherheit zu suggerieren, das durch eine solche Maßnahme objektiv allerdings

gar nicht gewährleistet werden kann. 2. Diese Bürger fungieren als billige Hilfskräfte der Polizei. Ihr 'freiwilliger Dienst' wird als – tatsächlich untaugliches – Mittel gegen die – immer wieder behauptete – zunehmende Unfinanzierbarkeit der staatlichen Gewährleistung öffentlicher Sicherheit und Ordnung erprobt. 3. Die Sicherheitswacht stellt eine Art schlecht ausgebildete 'Reservearmee' der Polizei dar, die die mitwirkungsbereiten Bürger in eine sowohl formale als auch faktische Abhängigkeit vom Polizeiapparat hineinzwängt. Diese auf Streife zu schicken, ist unverantwortlich und verletzt die Fürsorgepflicht des Staates. 4. Mit der vom bayerischen Innenministerium propagierten „Kultur des Hinsehens“, für die die „in die Polizeiarbeit eingebundenen Bürger“ eine Avantgarde bilden sollten, wird die (Wieder-) Gewöhnung der Bevölkerung an Bespitzelung und Denunziantentum betrieben. Intendiert ist damit vor allem eine schleichende Ermächtigung zur Unterhöhlung bürgerlicher Freiheitsrechte und die (Re-) Installation autoritärer Obrigkeit.

Damit korrespondierend wurden den – in den Medien gern als Hilfs-Sheriffs, Hobby-, Amateur-, Laien- und Schmalspur-Polizisten etikettierten – Angehörigen der Sicherheitswacht denn auch immer wieder stereotype Eigenschaften und Charakterzüge unterstellt: sie seien Wichtigtuer, Besserwisser, Querulanten und Denunzianten mit einer Rambo- und/oder Blockwartmentalität. Gelegentlich wird sogar eine „Unterwanderung durch Rechtsradikale“, wie bei der freiwilligen Polizeireserve in Berlin, befürchtet. Demgegenüber ist aber – nach unserer Sachkenntnis – den Verantwortlichen der Modellversuche dezidiert zu konzedieren, daß man unter den Bewerberinnen und Bewerbern für dieses Experiment (nicht zuletzt sicherlich auch im Blick auf eine kritische Opposition im Landtag, eine überwiegend skeptische Polizei und eine überaus 'mißtrauische' Medienöffentlichkeit) eher übervorsichtig als irgendwie nachlässig ausgewählt hat: So etwas wie eine 'Rambo-Mentalität' ist – zumindest soweit wir das auf der Basis unserer Datenlage beurteilen können – unter den Angehörigen der Sicherheitswacht verpönt und kommt in den Interviews und Beobachtungsprotokollen kaum auch

nur 'in Spuren' zum Ausdruck. Rekrutiert wurde, soweit sich eine solche Eigenschaftszuschreibung überhaupt generalisieren läßt, eher ein gegenteiliger Typus, nämlich der des ordnungsbewußten und zugleich ein- und unterordnungsbereiten Normalbürgers, der die überlegenen einschlägigen Kompetenzen des ihn betreuenden und beaufsichtigenden Polizisten anerkennt und respektiert.

Auch die von Kritikern immer wieder befürchtete und vom Staatsministerium ganz explizit abgelehnte 'Blockwartgesinnung' (also: amtlich legitimierte Neigung zu Bespitzelung und Denunziation) ließ sich bei den von uns untersuchten Sicherheitswachtangehörigen kaum nachweisen. Hingegen erwies sich das Selbstverständnis der Sicherheitswachtleute als signifikant ausgeprägt, einen sozial nützlichen bzw. einen Dienst im wohlverstandenen Interesse des anständigen Bürgers zu tun, und dafür, entgegen den offiziellen Euphemismen, eben durchaus nicht immer die gebührende Anerkennung zu finden – weder bei der Polizei noch bei *allen* Mitbürgern: Manche Polizisten sehen die Sicherheitswacht eher als Entlastung, andere sehen sie eben eher als Betreuungsproblem an; manche Mitbürger – offenbar vor allem ältere Leute – fühlen sich durch diesen Streifendienst anscheinend tatsächlich sicherer und bekunden den Sicherheitswachtangehörigen gegenüber explizit ihre Wertschätzung, andere wähnen sich unnötigerweise kontrolliert und belästigt und reagieren dementsprechend abweisend oder unwirsch auf deren Präsenz und Aktivitäten.

Entsprechend demonstrierten manche der von uns beobachteten Sicherheitswachtangehörigen besondere Wachsamkeit und Bereitschaft, sich um Auffälligkeiten zu kümmern, andere hingegen betrachteten den Streifendienst als eine Art von aufmerksamem Spaziergang, der durch 'besondere Vorkommnisse' eher gestört wird. Quer dazu finden sich zum einen *idealistische* Motive (man will dazu beitragen, Kriminalität einzudämmen bzw. zu bekämpfen und dadurch das Leben für die anständigen Mitmenschen (wieder) lebenswerter zu machen), zum anderen eher *pragmatische* Motive für das Engagement in der Sicherheitswacht (man will mit seiner Freizeit

etwas einigermaßen Vernünftiges anfangen, oder man betrachtet den Wachtdienst als finanziell durchaus attraktive Nebenbeschäftigung).

Die dienstliche Praxis der Angehörigen der Sicherheitswacht besteht vor allem darin, viel herumzugehen und damit den (Mit-) Bürgern zu zeigen, daß sie da sind, daß sich 'Jemand' – und zwar jemand *amtlich* Bestallter – um ihre Sicherheit bzw. um Ruhe und Ordnung kümmert. Die Frage, ob dieser 'Jemand' im face-to-face-Kontakt nun eher so wahrgenommen wird, wie es das Innenministerium gern sähe, nämlich als – „wider die Unkultur des Wegschauens“ – engagierter *Bürger*, oder doch eher so, wie es die medialen Etikettierungen nahelegen, nämlich als Hilfs-, Hobby- und Mochtgegnopolizist, läßt sich mit unseren Daten nur schwerlich zufriedenstellend beantworten, denn diese Frage ist bzw. war zumindest damals für den Sicherheitswachtangehörigen faktisch weit weniger relevant als die, ob er bzw. von welchen Mitbürgern er als geschätzte Respektsperson oder als lästiges Übel angesehen und behandelt wird.

Nun, manche der Bürger, insbesondere eben die, die sich durch (zunehmende) Kriminalität verunsichert fühlen, begrüßen die Sicherheitswacht offenbar durchaus als Beitrag zur Verbesserung der Sicherheitslage – was mitunter bei der einen und beim anderen eben auch eine gewisse Denunziationslust befördert. Andere, und damit wird auch die Frage danach tangiert, ob und inwieweit die Sicherheitswacht eine attraktive Alternative zu kommerziellen Wachtdiensten und zu 'wildwüchsigen' Bürgerwehren darstellen könnte, andere betrachten diese Freizeithelfer der Polizei als eher lächerliche 'Figuren'. Und wieder andere schließlich, also solche vor allem, die sich durch Kriminalität ohnehin weniger bedroht wähnen, sehen sie auch durchaus als unliebsame Beeinträchtigung ihrer als genuin 'urban' erwünschten „Kultur des (toleranten) Wegschauens“.

7. Fazit

Auch in der sozusagen obrigkeitlich *domestizierten* Form der Sicherheitswacht bleibt das repressive Potential prinzipiell auch gewaltförmig wehrbereiter Bürger erhalten³¹ – insbesondere etwa beim Recht zur Überprüfung 'auffälliger' Personen und gegebenenfalls zum Platzverweis im Zusammenhang mit der Kontrolle öffentlicher Einrichtungen und Anlagen. Aber anders als die seit Jahrzehnten mit umfassenden obrigkeitlichen Befugnissen ausgestatteten freizeithlichen Hilfspolizisten (der seit 1947 aktiven Berliner Wachpolizei, der 1961 gegründeten Freiwilligen Polizeireserve Berlin und dem 1962 installierten Freiwilligen Polizeidienst Baden-Württemberg), die – von der expliziten Idee her – die 'reguläre' Polizei auch von durchaus prekären Aufgaben entlasten sollen, erweist sich die bayerische Sicherheitswacht ebenso wie andere neue Formen behördlich organisierter Bürgerbeteiligung an Maßnahmen zur Herstellung bzw. Gewährleistung Innerer Sicherheit (z.B. Sicherheitspartner in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen, Kommunale Präventionsräte in Niedersachsen und Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein), im Hinblick auf eine mögliche Entlastungsfunktion für die Polizei *bei der faktischen Kriminalitätsbekämpfung* im wesentlichen als untauglich – wenn nicht gar als kontraproduktiv. Denn die Angehörigen dieser 'subpolizeilich' agierenden Bürgerwachten haben kaum mehr als die bekannten 'Jedermannrechte'. Sie sind gehalten, 'gefährliche' Situationen zu meiden und bei etwelchen ahndungswürdigen Beobachtungen nicht etwa selber einzuschreiten, sondern umgehend Meldung an die für sie zuständige Polizeidienststelle zu machen. Kurz: Die Aktiven der (behördlich organisierten, legitimierten und kontrollierten) *Bürgerwachten* dürfen keineswegs mehr, sondern eher weniger als das, was sich die ('autonomen') *Bürgerwehren* an Ordnungsbefugnissen ohnehin schon angemaßt und herausgenommen haben.

³¹ vgl. dazu Hitzler/ Milanés 1998

LITERATUR

- Bayerisches Staatsministerium des Innern (1994a): 15-Punkte-Programm der Bayerischen Staatsregierung zur Inneren Sicherheit (Kurzfassung). München (Color-Offset)
- Bayerisches Staatsministerium des Innern (1994b) (Hrsg.): Die bayerische Sicherheitswacht. Bürger tragen Mitverantwortung für die Innere Sicherheit. Faltblatt. München (Druckhaus Kastner)
- Bright, J. (1990): Patrolling the Streets and the Tube: A Job for the Police or Active Citizens? Swindon (Crime Concern)
- Cremer-Schäfer, Helga (1993): Die Unsicherheits-Produzenten. In: Neue Kriminalpolitik, H.4, S. 43-46
- Cunningham, William C./Strauchs, John J./Van Meer, Clifford W. (1990): Private security: Patterns and Trends 1970 to 2000. Boston
- Ehrenreich, Barbara (1994): Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse. Reinbek bei Hamburg (Rowohlt)
- Göschl, Alexandra/Milanés, Alexander (1997): Sicherheit durch Wachsamkeit? In Kriminologisches Journal, 29. Jg., H. 9, S. 275-291
- Gross, Peter/Hitzler Ronald (1996): Urbanes Erschrecken. In: Zeitschrift für politische Psychologie, H. 3-4, S. 365-372
- Hitzler, Ronald (1993): Bürger machen mobil. In: Forschungsjournal NSB, H. 3/4, S. 16-27
- Hitzler, Ronald (1994a): Mobilisierte Bürger. In: Ästhetik & Kommunikation, H. 85/86, S. 55-62
- Hitzler, Ronald (1994b): Die neuen Vigilanten. In: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 48, H. 2, S. 67-71
- Hitzler, Ronald (1994c): Radikalisierte Praktiken der Distinktion. In: Dangschat, Jens/Blasius, Jörg (Hrsg.): Lebensstile in den Städten. Opladen (Leske + Budrich), S. 47-58
- Hitzler, Ronald (1996): Der in die Polizeiarbeit eingebundene Bürger. In: Reichertz, Jo/Schröer, Norbert (Hrsg.): Qualitäten polizeilichen Handelns. Opladen (Westdeutscher), S. 30-47
- Hitzler, Ronald/Behring, Angela/Göschl, Alexandra/Lustig, Sylvia (1996): Signale der Sicherheit. In: Knoblauch, Hubert (Hrsg.): Kommunikative Lebenswelten. Konstanz (Universitätsverlag), S. 177-197
- Hitzler, Ronald/Behring, Angela/Göschl, Alexandra/Lustig, Sylvia/Milanés Alexander (1997): Rechtliche Rahmenbedingungen und Vollzugswirklichkeit in drei Modellversuchen der bayerischen Sicherheitswacht. München (Abschlußbericht an die Volkswagen-Stiftung)
- Hitzler, Ronald/Milanés, Alexander (1998): Das Bürgertum schießt zurück. In: Reichertz, Jo (Hrsg.): Die Wirklichkeit des Rechts. Opladen (Westdeutscher), S. 172-188
- Hitzler, Ronald/Milanés, Alexander (2000): Partikular-Kulturalisierung. Zur Politisierung des Lebens in der Stadt. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Yildiz, Erol (Hrsg.): Grammatik urbanen Zusammenlebens. Köln - im Erscheinen
- Hitzler, Ronald/Peters, Helge (1998): Inszenierung: Innere Sicherheit. Opladen (Leske + Budrich)
- Hornbostel, Stefan (1994) (Hrsg.): Allgemeine Verunsicherung und Politik der Inneren Sicherheit. Referate beim Workshop an der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1994. (Dokumentation Nr. 6 der DGS-Arbeitsgruppe 'Soziologie der Politik'). Jena (Universitätsdruck)
- Hornbostel, Stefan (1998): (Hrsg.): Die Konstruktion von Unsicherheitslagen durch kommunale Präventionsräte In: Hitzler, Ronald/Peters, Helge (Hrsg.): In: Inszenierung: Innere Sicherheit. Opladen (Leske + Budrich), S. 93-112
- Kreissl, Reinhard (1998): Die Konjunktur Innerer Sicherheit und die Transformation der gesellschaftlichen Semantik. In: Hitzler, Ronald/Peters, Helge (Hrsg.): Inszenierung: Innere Sicherheit. Opladen (Leske + Budrich), S. 155-190
- Lauermann, Manfred (1994): Überwachen ohne Strafen. Zum Funktionswandel des staatlichen Gewaltmonopols. In: Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Allgemeine Verunsicherung und Politik der Inneren Sicherheit (Dokumentation Nr. 6 der DGS-Arbeitsgruppe 'Soziologie der Politik'). Jena (Universitätsdruck), S. 55-61

- Lustig, Sylvia (1998): Kontrollierte Kontrolleure. In: Hitzler, Ronald/Peters, Helge (Hrsg.): Inszenierung: Innere Sicherheit. Opladen (Leske + Budrich), S. 79-92
- Johnston, Les (1992): The Rebirth of Private Policing. London/New York (Routledge)
- Murck, Manfred (1994): Sicherheitsbedürfnisse, Gewaltmonopol und private Sicherheitsdienste. O.O. (Vortragsmanuskript)
- Offenbach, Jürgen: Politik und Polizei. In: Südwestpresse, 27.2.1993
- Reuband, Karl-Heinz (1992): Objektive und subjektive Bedrohung durch Kriminalität. In: KZfSS, H. 2, S. 331-351
- Schwind, Hans-Dieter/Baumann, Jürgen u.a. (1990) (Hrsg.): Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Band I. Berlin (Duncker & Humblot)
- Steinert, Heinz (1993): Zur Lage der Inneren Unsicherheit. In: Neue Kriminalpolitik, H.4, S. 38-42
- Timm, H.W./Christian, K.E. (1991): Introduction to Private Security. Pacific Grove, Cal. (Brooks/Cole)
- Trotha, Trutz von (1995): Ordnungsformen der Gewalt oder Aussichten auf das Ende des staatlichen Gewaltmonopols? In: Nedelmann, Birgitta (Hrsg.): Politische Institutionen im Wandel (SH 35 der KZfSS) Opladen (Westdeutscher), S. 129-166
- Voß, Michael (1992): Privatisierung öffentlicher Sicherheit. In: Frehsee, D./Löschper, G./Schumann, K.F. (Hrsg.): Strafrecht, soziale Kontrolle, soziale Disziplinierung (Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie, Bd, 15). Opladen (Westdeutscher), S. 81-102
- Weber, Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen (Mohr/Siebeck)

GEWALT UND KRIMINALITÄT IN DEN MEDIEN.
VOM FRAGWÜRDIGEN VERGNÜGEN AM SCHRECKLICHEN



Abbildung 1

Hier „wird das Verbrechen nur ausgebeutet“ für einen verkaufsträchtigen „Nervenkitzel“¹, die „schrille Sensation im heuchlerischen Deckmäntelchen“² gezeigt. Solche Bildfolgen verletzen die Menschenwürde, weil sie „grausame Gewalttätigkeiten gegen Menschen in reißerischer, sensationslüsterner Weise darstellen“.³ Und wenn solche Bildgeschichten vorgaukeln, sie stellten die Wirklichkeit dar, so lügen sie. „Nicht weil die erzählten Geschichten nicht irgendwie

1 Volker Lilienthal: Gieriges Kameraauge, S. 18.

2 „... wo für Herrn Thoma die Grenzen sind.“ Eine Radiodiskussion des Südwestfunks über Reality-TV. (Dokumentation.) In: epd / KIRCHE UND RUNDFUNK, 16/1993, S. 20-24.

3 Joseph-Theodor Blank / Heinz Klaus Mertes: Verbot von Reality-TV, S. 80 f.

WISSENSCHAFT UND PHILOSOPHIE
Interdisziplinäre Studien

Herausgegeben von Venanz Schubert

Band 21

Gewalt.

Kriminalität und Verbrechen in der Gesellschaft

GEWALT.
KRIMINALITÄT UND
VERBRECHEN IN DER
GESELLSCHAFT

Ulrich Broich
Klaus Schneewind
Wolfgang Eisenmenger
Ronald Hitzler
Hans Wagner
Paul Noack
Klaus Volk
Peter Cornelius Mayer-Tasch
Raymund Schwager

Herausgegeben und eingeleitet von
Venanz Schubert

EOS VERLAG ERZABTEI ST. OTTILIEN

Zum Titelbild:
Umschlaggestaltung von Simone A. Frank und Markus Schmitt (Berlin).
Herausgeber und Verlag danken für die künstlerische Gestaltung des Umschlags und die freundliche Überlassung in gleicher Weise.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Gewalt : Kriminalität und Verbrechen in der Gesellschaft / Ulrich Broich ... Hrsg. und eingeleitet von Venanz Schubert. –
St. Ottilien : EOS-Verl., 2001

(Wissenschaft und Philosophie ; Bd. 21)
ISBN 3-8306-7093-1

© 2001 by EOS Verlag Erzabtei St. Ottilien, D-86941 St. Ottilien
Gesamtherstellung: EOS Druckerei, D-86941 St. Ottilien

Praktizierter Umweltschutz:
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

INHALT

<i>Venanz Schubert</i> Violentia sigillum falsi. Einführung	7
<i>Ulrich Broich</i> Huren, Hehler, Straßenräuber: Zur literarischen Repräsentation des Verbrechens im England des frühen 18. Jahrhunderts	13
<i>Klaus Schneewind</i> Wege in Gewalt und Kriminalität: Die psychologische Perspektive	41
<i>Wolfgang Eisenmenger</i> Kriminalität und berauschende Mittel.....	77
<i>Ronald Hitzler</i> Wie wehren sich Bürger? Reaktionen auf alltägliche Verunsicherung.....	117
<i>Hans Wagner</i> Gewalt und Kriminalität in den Medien. Vom fragwürdigen Vergnügen am Schrecklichen.....	141
<i>Paul Noack</i> Das Jahrhundert der Korruption.....	219
<i>Klaus Volk</i> Verbrechen lohnt sich, nicht? Strafrecht und Wirtschaftskriminalität	235
<i>Peter Cornelius Mayer-Tasch</i> Umweltkriminalität – was ist das eigentlich?.....	257